

Rechte Szene**2****Republikaner bleiben auf Kurs**

Der REP-Parteichef Rolf Schlierer wurde im Amt bestätigt – viele seiner Kritiker haben längst in Richtung NPD das Weite gesucht.

Nationale Ansiedlungen

Rechtsextremisten zeigen zunehmendes Interesse am Erwerb von Immobilien.

„Kriminelle Vereinigung“

Die Bandmitglieder von „Race War“ wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt – in dem Liedgut der Gruppe wird die Nähe zum „Blood&Honour“-Netzwerk deutlich.

Verfahren mit Tücken

Schwieriger Prozess gegen die „Weissen Wölfe“.

Unerwünschte Besucher

In den letzten Wochen haben Rechtsextremisten gezielt Veranstaltungen von demokratischen Parteien und Organisationen aufgesucht.

„Wissensmagazin“

NPD-Aktivist aus Wolgast gibt neue Broschüre heraus.

Seitenblick**7****Imageschaden**

Die Behörden in Sachsen-Anhalt lassen es bisweilen an der notwendigen Konsequenz bei der Ermittlung und Verfolgung rechter Gewalt vermissen.

Grauzone**9****Club der Revisionisten**

Seit nunmehr 25 Jahren ist die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ damit beschäftigt, historische Fakten zu verdrehen.

Wütende Bürger machen mobil

Wählervereinigung will im Mai nächsten Jahres in die Bremische Bürgerschaft und in die Stadtverordnetenversammlung einziehen.

Ausland**11****Brüchige Allianzen**

Die europäische Rechte will sich koordinieren – im Europäischen Parlament erhält sie Zuwachs aus Bulgarien und Rumänien.

Blick in die Zeitgeschichte**12****Todesstrafe am Galgen**

Vor 45 Jahren wurde in Israel das Urteil gegen den Massenmörder Adolf Eichmann gesprochen.

Rezension**14****„Sonderauftrag Linz“**

Museen sind bis heute Nutznießer von Hitlers Kunstsammlung – nur etwa ein Viertel der geraubten Werke wurde den Eigentümern zurückerstattet.

Meldungen**15**

Rechte Szene**Republikaner bleiben auf Kurs**

Der REP-Parteichef Rolf Schlierer wurde im Amt bestätigt – viele seiner Kritiker haben längst in Richtung NPD das Weite gesucht.

Als Rolf Schlierer im Dezember 1994 den Vorsitz übernahm, zählten die Republikaner 20 000 Mitglieder. Heute wird ihre Zahl auf 6 000 geschätzt. Mit 3,9 Prozent bei der Europawahl im Sommer 1994 war die Fünf-Prozent-Hürde noch in Sichtweite. Inzwischen kommen die Republikaner mit bundesweit 0,6 Prozent (Bundestagswahl 2005) gerade noch mit Mühe und Not in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung. In Baden-Württemberg verfügten die Republikaner zum Zeitpunkt von Schlierers Amtsantritt über eine Landtagsfraktion, die mit mehr als zehn Prozent ins Stuttgarter Parlament eingezogen war. Heute müssen sie hilflos mit ansehen, wie sich die Rechtsaußenkonkurrenz von NPD und DVU auf Parlamentssitzen breit macht. Eigentlich ist es eine desaströse Bilanz, die Schlierer am 9. und 10. Dezember beim Bundesparteitag in Höchststadt bei Erlangen den Delegierten zu präsentieren hatte. Und doch entschieden sich zwei Drittel von ihnen inhaltlich und personell für ein „Weiter so“.

Mit 135 von 206 Stimmen wurde Schlierer im Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat, der Düsseldorfer Rechtsanwalt Björn Clemens, der die Partei auf einen radikaleren Weg führen wollte, kam auf 71 Stimmen. Damit fiel die Zustimmung für Schlierer prozentual sogar deutlicher aus als beim Parteitag vor zwei Jahren, als er sich mit 145 zu 99 Stimmen gegen Clemens durchgesetzt hatte. Clemens Anhänger hatten ein deutlich besseres Ergebnis erhofft angesichts des Leidensdrucks, der doch eigentlich viele Mitglieder befallen haben müsste. „Der Zustand der Partei liegt so sonnenklar zu Tage, dass jedes Mitglied ohne weiteres erkennen kann, dass ein Neuanfang gemacht werden muss“, hatte Clemens selbst im Vorfeld des Parteitags erklärt. Und doch deutete die Art und Weise, wie er seine Kandidatur betrieb, schon auf die Einsicht hin, dass er keine Chance haben würde. Durch die Lande zu ziehen und für sich zu werben, darauf habe er bewusst verzichtet, ließ er mitteilen. Dass ihm die parteioffiziellen Kanäle nicht zur Verfügung stehen würde, um die Werbetrommel zu

rühren, war klar. Erst vier Tage vor dem Parteitag richtete er eine eigene Homepage ein, um wenigstens so Schlierer etwas entgegenzusetzen. Vieles sprach schon vor Höchststadt dafür, dass Clemens Kandidatur eine Abschiedsvorstellung war – und dass er das auch ahnte.

Die Fronten waren klar beim zentralen Streitpunkt, dem künftigen Verhältnis zur NPD. „Ergebnisoffen“ wolle er mit der NPD über Wahlabsprachen reden, sagte Clemens beim Parteitag: „Niemand glaubt doch ernsthaft, dass unsere Chancen bei einer Landtagswahl steigen, wenn die NPD als Gegner antritt.“ Er wolle einen „Burgfrieden“ mit der NPD. Schlierer wandte sich hingegen klar gegen Kooperationen oder Absprachen mit der Voigt-Partei: „Völlig indiskutabel.“ Schlierer: „Wir haben kein gemeinsames Anliegen mit der NPD. Wir bekennen uns zur Demokratie.“ Am Ende hatte er die Mehrheit der Delegierten hinter sich. Und auch die Stellvertreterriege ist stramm auf seinem Kurs. Als Parteivize wiedergewählt wurden die Landesvorsitzenden aus NRW, Hessen und Bayern, Uschi Winkelsett (144 Stimmen), Haymo Hoch (124) und Johann Gärtner (122). Clemens, der nach seiner Niederlage gegen Schlierer nicht wieder für einen Stellvertreterposten kandidierte, wird durch Dirk Hacaj (Salzgitter) ersetzt – einen der wenigen bekannteren Republikaner, die nach dem Abgang vieler Funktionäre in Niedersachsen dort die Stellung gehalten hatten.

Schlierer hatte Ende November erklärt, Clemens' Positionen würden „von der Parteibasis rundweg abgelehnt“. Ganz so war es zwar nicht: Immer noch ein Drittel der Delegierten votierte für den 39-Jährigen. Aber es behielten jene Recht, die dem Schlierer-Gegner kaum Chancen eingeräumt hatten, da viele der Abgrenzungskritiker längst in Richtung NPD das Weite gesucht haben beziehungsweise aus der Partei gedrängt worden sind. Den Abgang empfahl Schlierer auch Clemens selbst: Wer mit der NPD kooperieren wolle, solle „da hingehen, wo er ideologisch hingehört“. Seine Delegierten ließ der REP-Chef noch eine Resolution verabschieden, deren Überschrift quasi eine republikanische Spielart der Extremismustheorie offenbart: „Unseren Staat und die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen – Keine Absprachen oder Zusammenarbeit mit linken, rechten oder liberalen Extremisten“.

Tomas Sager

Nationale Ansiedlungen

Rechtsextremisten zeigen zunehmendes Interesse am Erwerb von Immobilien.

Die Immobilienanzeige liest sich auf den ersten Blick wie Millionen andere: „Schönes großes Haus mit ca. 4000 qm Grundstück an Familie mit Kindern günstig zu vermieten oder zu verkaufen.“ Beim Weiterlesen jedoch wird klar, warum der Auftraggeber die NPD-nahe „Deutsche Stimme“ für sein Inserat ausgewählt hat: „Nat. Familien sind vor Ort (Mecklenburg).“ Der Neonazi und Army-Shop-Betreiber Ragnar Böhm aus dem schleswig-holsteinischen Laagerdorf muss sich aus finanziellen Gründen von seinem Haus in Groß Krams bei Hagenow trennen, er legt Wert darauf, dass es an Gleichgesinnte weitergegeben wird. Im Gespräch mit Inserenten wirbt Böhm für die Ansiedlung von Kameraden im Raum Ludwigslust, „der NPD-Landesvorsitzende wohnt nur 10 Minuten entfernt!“ Man könne Fahrgemeinschaften zur Arbeitsstätte bilden und die Kinder gemeinsam heranziehen.

Tatsächlich lebt die Führungsspitze der mecklenburgischen NPD in und um Lübbtheen. Udo Pastörs eröffnete jüngst in seinem Geschäftshaus in der Stadtmitte Lübbtheens das erste NPD-Bürgerbüro des Landes. Mit Parteiplakaten in den Fenstern wirbt der Parlamentarier um die Gunst der Bewohner, die NPD erzielte hier 16 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen. Nicht weit entfernt lebt eine ganze Ansiedlung von Neonazis, darunter Stefan Köster, der Landesvorsitzende, Andreas Theißen, der Kreisvorsitzende, Erhard Kemper, vorbestrafter Holocaust-Leugner, sowie die Kameradschafts-Aktivistin Thomas Wulff, Michael Grewe und Dirk Sokol. Auch die niedersächsischen NPD-Funktionäre Manfred Börm und Christian Berisha aus der Region um Lüneburg sollen sich bereits für Immobilien im Ludwigsluster Raum interessiert haben.

Die Ehefrauen der Neonazis haben einen Frauenkreis gegründet und sind in der „Gemeinschaft deutscher Frauen“ aktiv, für die nationalistische Kindererziehung mit Zeltlagern und körperlicher Ertüchtigung sorgt eine regionale Gruppe der „Heimattreuen deutschen Jugend“. Das „nationale Dorf“ in Mecklenburg wächst und gedeiht.

Insgesamt geht die Bundesregierung zur Zeit von etwa 20 Großimmobilien der Neonazi-Szene aus,

darunter mehrere Besitzungen des Hamburger Rechtsanwaltes Jürgen Rieger. Diese Häuser werden als Veranstaltungs-, Schulungs- oder Konzerträume genutzt. Zudem plane die Szene weitere Käufe, wie eine Mehrzweckimmobilie in Brandenburg. Nach Expertenmeinungen ist jedoch von einer weitaus größeren Zahl rechter Immobilien auszugehen. Allein in Sachsen gerieten in den letzten Jahren mindestens fünf größere Gebäude in die Hände von Neonazis, unter anderem ein großes Bergwerks-Gelände bei Borna und Schloss Noschkowitz bei Leipzig. Auch Thüringen und Hessen werden für Neonazis vor allem wegen ihrer logistischen Lage immer attraktiver. In Bremen macht die NPD sich den Medienhype um den angeblich geplanten Hotelkauf von Jürgen Rieger in Delmenhorst zunutze. So warben die Kameraden um Horst Görmann ungeniert mit ihrer Kaufabsicht im Internet. „Es haben sich eine ganze Reihe von Immobilienhändlern bei uns gemeldet“, erzählt Görmann offen und seine Partei habe bereits ein Haus im Bremer Stadtteil Walle ins Auge gefasst.

Für Mecklenburg-Vorpommern gestalten sich die beabsichtigten Ankäufe von Gebäuden für weitere NPD-Bürgerbüros anscheinend schwieriger als erwartet. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass die zur Zeit klamme Partei jüngst ausgerechnet den in der Szene als „Erbschleicher“ verhöhnten Rechtsanwalt Jürgen Rieger im Bundesvorstand mit dem Amt „Finanzbeschaffung“ betraute. Rieger hat seit Jahren Erfahrungen mit Immobilien-Käufen, er besitzt nicht nur ein 23 000 Quadratmeter großes ehemaliges Bundeswehrgelände in Niedersachsen und ein Hotel in Thüringen, sondern auch diverse Mehrfamilienhäuser in mehreren Bundesländern, in denen gleichgesinnte Familien untergebracht sind. Zur Zeit werkelt nicht nur Rieger an einem weiteren großen Bauernhaus im abgelegenen Schleswig-Holstein herum – auch der ehemalige Gaststätten-Besitzer Dieter Kern aus Lübeck soll sich eine neue Immobilie für rechte Konzerte im Landkreis Rendsburg zugelegt haben.

Nicht jeder Immobilienkauf kann und sollte durch das Vorkaufsrecht der Kommunen und Spendensammelaktionen wie in Delmenhorst verhindert werden. Politische Lösungen sind gefragt, dafür ist ein überstaatlicher, länderübergreifender Informationsaustausch unerlässlich.

Andrea Röpke

„Kriminelle Vereinigung“

Die Bandmitglieder von „Race War“ wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt – in dem Liedgut der Gruppe wird die Nähe zum „Blood&Honour“-Netzwerk deutlich.

Die vier Musiker der neonazistischen Band „Race War“ mussten sich vor der 18. Großen Strafkammer beim Landgericht Stuttgart verantworten. Der Sänger Max H. (23, Schwäbisch Gmünd), Bassist Björn A. (22, Schwäbisch Gmünd), Gitarrist Gerhard M. (24, Schwäbisch-Gmünd) und Schlagzeuger Sven Roland S. (26, Schorndorf) wurden wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ und weiterer gemeinsam begangener Delikte (Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Aufruf zu Straftaten, Billigung von Straftaten, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter anderem) zu Bewährungsstrafen von 17 bis 23 Monaten Haft verurteilt.

„Race War“ war von den baden-württembergischen Musikern, die auch in den Nebenprojekten „Bärbel and Friends“ (vgl. bnr 21/03) und „Nordic Race“ aktiv waren, Mitte 2001 gegründet worden. Geprobt wurden im Übungskeller von Gerhard M. anfangs Coverversionen von Songs der ultimativen Szene-Band „Skrewdriver“, später wurden auch eigene Lieder mit Texten von Max H. eingeübt und arrangiert.

Im Jahr 2002 nahmen die Musiker nach eigener Aussage in einem kleinen Studio in Belgien diese Stücke auf, die dann unter dem Titel „The White Race Will Prevail“ („Die weiße Rasse wird obsiegen“) beim US-amerikanischen Rechtsrock-Label Micetrap (New Jersey) als CD erschienen sind. Den Vertrieb übernahmen Micetrap (USA), Exsudat (Belgien) und Celtic Moon (Dänemark). Die nach Aussage der Musiker ausschließliche von Micetrap zu verantwortende Covergestaltung überschreitet mit Hakenkreuz, Doppel-Sig-Runen und Wehrmachtssoldaten alle Grenzen des deutschen Strafgesetzbuchs. Die teils auf deutsch, teils auf englisch gesungenen Liedtexte lassen an der nationalsozialistischen Gesinnung keinerlei Zweifel und bewegen sich auf dem Level von Bands wie „DST“ oder „Hassgesang“: „Hail hail hail, the swastika is flying in the wind“ heißt es und „der schwarze Orden ist neu erwacht“, „SS marschiert – die Straße frei“.

„Ewige Treue dem Führer bis zuletzt“ wird geschworen und antisemitisch sowie antiamerikanisch gehetzt: Der Song „11. September“ beispielsweise beinhaltet Textzeilen wie „Ach bombt doch all die Scheisse weg, versinken soll ZOG in Schutt und Dreck“. Auf der CD wird Massenmord bejubelt: „Es lebe der Terror gegen die USA“ und „Our terrorist attacks will change the world“.

Refrains wie „Hail Blood and Honour, hail Combat 18“ verdeutlichen die Nähe der Band zum in Deutschland seit dem Jahr 2000 verbotenen „Blood&Honour“-Netzwerk. Die CD und eine Sonderedition zum 20. April 2003 mit Hitler-Cover finden sich bei Micetrap bis heute unter den top twenty der Bestellungen. „Race War“-Songs erschienen auch auf dem „A Mighty Lion Roars“-Sampler von Micetrap (2004) und dem in Deutschland indizierten „Skin Conquest“-Sampler (2003). Interviews mit „Race War“-Sänger Max H. veröffentlichten unter anderem das Fanzine „Der Panzerbär“ (Chemnitz) und das Onlinefanzine von B&H Vlanderen, in denen H. unter anderem bekundete: „Die Idee von C18 ist sehr gut“.

Nicht nur wegen dieser Radikalität, sondern auch wegen dem relativ professionell gespielten Hatecore bekam „Race War“ in der internationalen Neonazi-Szene einen regelrechten Kultstatus. Zahlreiche Anfragen und Einladungen zu braunen Konzerten mit bis zu 2 000 Teilnehmern waren die Folge. In der Regel verhielten sich Veranstalter und vor allem die Musiker dabei konspirativ. Häufig war in den Konzert-Ankündigungen nur von einer „Überraschungsband“ oder den „Back Street Boys“ die Rede. Ab September 2003 beschränkte sich „Race War“ vollständig auf Auftritte im Ausland, beispielsweise bei britischen B&H-Festivals.

Trotz über dreijähriger Ermittlungen mangelte es der Staatsanwaltschaft offensichtlich an Beweisen gegen die nun angeklagten und verurteilten Musiker. In der Anklageschrift fehlten die „Race War“-Konzerte des Jahres 2005 vollständig, darunter auch der Auftritt beim Nordic Fest der Imperial Klans of America im Mai 2005 (vgl. bnr 05/05). Die Liste der aufgeführten Konzerte endete im September 2004 und damit vor dem tatsächlichen Ende der nachweisbaren Aktivitäten der Band, die seit 2004 wohl nur noch aus H. und M. sowie wechselnden Gastmusikern bestand.

Race War-Sänger Max H. ließ sich vor dem Stuttgarter Landgericht vom Berliner Szene-Anwalt Wolfram Nahrath verteidigen. Nahrath ist ehemaliger Funktionär der Wiking-Jugend (WJ) und mit anderen Ex-WJ-Aktivisten in der „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e. V.“ mit Sitz im bayerischen Miesbach aktiv. Nahrath spekulierte, leider zurecht, auf eine schwache Position der Staatsanwaltschaft und kokettierte in Pausen damit, dass entweder keine Beweise vorlägen oder Landeskriminalamt und Verfassungsschutz ihre Quellen nicht offenlegen würden.

Staatsanwalt A. Milonis hatte dem nichts entgegensetzen und einigte sich bereits zu Prozessbeginn mit den Angeklagten und dem Vorsitzenden Richter Küllmer in einer so genannten „verfahrensbeendenden Absprache“ auf eine bei einem Geständnis zu verhängende Bewährungsstrafe von maximal zwei Jahren. Eine ordentliche Beweisaufnahme fand daraufhin nicht mehr statt. Entgegen der ursprünglich angesetzten sechs Termine wurde der Prozess somit bereits am zweiten Verhandlungstag beendet.

Dass die Musiker vor Gericht geständig waren, und Rechtsanwalt Nahrath erklärte, dass sein Mandant H. die gegen ihn erhobenen Vorwürfe „vollumfänglich einräume“, wird ihnen allerdings nun in der deutschen Neonazi-Szene angekreidet. In zahlreichen Forenbeiträgen wird im Gegensatz dazu das Verhalten des 40-jährigen Michael „Lunikoff“ Regener angeführt, dessen Band „Landser“ im Dezember 2003 ebenfalls als „kriminelle Vereinigung“ abgeurteilt wurde und der derzeit in der JVA Tegel seine Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten absitzt. Auf einem „Race-War“-Solidaritätskonto, das nach den Hausdurchsuchungen am 22. Mai 2003 eingerichtet wurde, sind lediglich 260 Euro eingegangen.

Die Bandmitglieder dürfen weiterhin Musik machen. Doch beteuerten alle vier Musiker, dass sie mit Rechtsrock und Neonaziszene abgeschlossen hätten. Insbesondere bei Max H. bleibt die Frage offen, weshalb er im Unterschied zu seinen drei Kollegen keinen Anwalt aus dem Großraum Stuttgart an seiner Seite hatte? Sondern den bekannten Rechtsextremisten Wolfram Nahrath.

Benjamin Adler

Verfahren mit Tücken

Schwieriger Prozess gegen die „Weissen Wölfe“.

Mehr als vier Jahre nachdem die Neonaziband „Weisse Wölfe“ ihre Debüt-CD „Weisse Wut“ vorlegte, kommt die juristische Verfolgung der Bandmitglieder nicht von der Stelle. Dabei lässt das, was auf der im Sommer 2002 erschienenen und in Dänemark produzierten CD zu hören ist, kaum Fragen offen. Ein Stück ist mit „Sieg Heil“-Rufen unterlegt, in einem anderen werden Polizisten bedroht: „Am Tag der Rache woll’n wir euch bluten seh’n!“ Brandstiftung und Mord werden besungen: „Und wenn wir uns finden beim Marsch durch das Land, dann brennt in jeder Stadt ein Asylantenheim ab.“ Linke und Juden wünschen sie ins „Arbeitslager“: „Ihr tut unsrer Ehre weh – unsre Antwort Zyklon B.“ Und: „Für unser Fest ist nichts zu teuer – 10 000 Juden für ein Freudenfeuer.“

Volksverhetzend und gewaltverherrlichend, so befanden Polizei und Staatsanwaltschaft das Material und begannen langwierige Ermittlungen. Im Oktober 2005 sollte es vor dem Dortmunder Amtsgericht zum Prozess kommen. Doch der war zu Ende, ehe er beginnen konnte: Der Hauptbelastungszeuge war erkrankt. Noch einmal mehr als ein Jahr verging, ehe der Prozess am 6. Dezember 2006 seine Neuauflage erleben sollte. Und wieder kam etwas dazwischen: „Weisse Wölfe“-Sänger Stjepan Jus meldete sich krank. Und erneut hatte die Staatsanwaltschaft Pech mit ihrem Hauptbelastungszeugen. Der erhielt vom NRW-Innenministerium, dem auch der Verfassungsschutz angegliedert ist, keine Aussagegenehmigung. Nicht einmal die genauen Gründe dafür mochte das Ministerium mitteilen. Kaum glaubhaft, dass seine Vorgesetzten dabei die Furcht vor einer Enttarnung ihres Mitarbeiters geleitet hat. Der war als Ex-Polizeibeamter und Leiter der Ermittlungen gegen die Bands „Weisse Wölfe“ und „Oidoxie“ in der Szene so bekannt, dass ihm auf der „Oidoxie“-Homepage sogar „viele Grüße“ übermittelt wurden und er ironisierend als Kontaktperson für Konzertinfos angepriesen wurde. Doch auch über seine polizeilichen Ermittlungen soll er nicht aussagen. Ob es unter diesen Umständen überhaupt noch zu einer Verurteilung kommen kann, erscheint immer fraglicher.

Tomas Sager

Unerwünschte Besucher

In den letzten Wochen haben Rechtsextremisten gezielt Veranstaltungen von demokratischen Parteien und Organisationen aufgesucht.

Störaktionen von Rechtsextremisten geschehen nicht zufällig. So hat beispielsweise der NPD-Landesverband Thüringen, Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz zufolge, beschlossen, „den etablierten Politbunzen in Thüringen weiterhin nicht nur auf die Finger zu schauen, sondern ihnen notfalls auch mit politischen Mitteln auf die selbigen zu hauen“. Dazu gehöre es auch, „die Etablierten im Thüringer Landtag, in den Stadtratssitzungen, ihren Veranstaltungen und Wohnorten zu besuchen“. So störten am 30. November Junge Nationaldemokraten im thüringischen Jena die Eröffnungsveranstaltung der unter anderem von dem Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechter Gewalt organisierten Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“. Zuvor wurden von ihnen Zettel verteilt, auf denen von „linker Hetze“ und „systemgesteuerten Hetzmedien“ die Rede war. Dies berichtete die „Osthüringer Zeitung“.

Rechtsextreme Störmanöver fanden auch an anderen Orten statt. Unter dem Motto „Lass Multikulti-Träume platzen“ demonstrierten mehr als zwei Dutzend NPD-Aktivistinnen vor der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am letzten Novemberwochenende im brandenburgischen Halbe. Die NPD kommentierte den Aufmarsch so: „Das anständige Deutschland wird dort sein, wo die Heuchler und Volksverderber sind! Deutsche wehren sich, wenn in Schlupfwinkeln antideutsche Politik geplant und verwirklicht werden soll!“

Am 27. November wollten zwei Vertreter des NPD-Regionalverbandes Karlsruhe an einer Veranstaltung des DGB-nahen Bündnisses „Rheinland ist bunt statt Braun“ in Mannheim teilnehmen. Kurzerhand wurden sie aber des Versammlungsraums verwiesen. Der NPD-Landesverband Baden-Württemberg konterte: „Wir werden es uns nicht nehmen lassen, von Fall zu Fall wiederum Versammlungen politischer Gegner zu besuchen. Ebenso behalten wir uns vor, auf dem Rechtswege zum gesetzeswidrigen Verhalten des Versammlungsleiters zu klagen!“ Auch im Vorfeld der von der Braunschweiger Sozialistischen Jugend Deutschlands organisierten Tagung „Zähne zeigen

– rechtsextreme Netzwerke in der Region“ am 25. November hatte die NPD angekündigt, teilnehmen zu wollen. Nach einem Bericht der „Braunschweiger Zeitung“ musste die Polizei mehreren Personen „zur Gefahrenabwehr“ verbieten, den Tagungsbereich zu betreten.

„50 Nationale Sozialisten“, so informierte das rechtsextreme Infoportal Rhein-Neckar, marschierten am 19. November bei einer Veranstaltung „Nie wieder Fremdenhass und Rechtsextremismus“ des nordbadischen SPD-Ortsverbandes Laudenbach auf. Nach dem Eintreffen der Polizei zogen die Neonazis, „Meinungsfreiheit auch für Deutsche“ skandierend, ab. „Dieser Besuch“, so das Infoportal, „wird nicht der letzte dieser Art gewesen sein und alle roten Volksverdummer sollten sich darüber im Klaren sein: Keine Veranstaltung gegen Nationalisten – ohne nationale Diskussionspartner!“ Am 16. November sprengten rund 20 Neonazis, darunter NPD-Mitglieder und Angehörige der freien Kameradschaften eine Veranstaltung der DGB-Jugend über Rechtsextremismus im Hamburger Stadtteil Wandsbek. Der Veranstalter hatte die Rechtsextremisten darauf hingewiesen, dass sie von der Veranstaltung ausgeschlossen seien. Daraufhin hätten diese versucht, sich gegen den Widerstand einiger Gäste Zutritt zu der Diskussionsrunde zu verschaffen, berichtete die „taz“. Die DGB-Jugend brach die Veranstaltung ab. Beim Vortrag „Rechtsrock“ im Rahmen einer vom DGB mitinitiierten Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ am 9. November im bayerischen Weiden, störten 20 Rechtsextremisten, entrollten eine NPD-Fahne und skandierten lautstark „Frei, sozial und national“, so der Onlinedienst „Oberpfalznet/Der Neue Tag“ am 11. November.

Anton Maegerle

Berichtigung

Im „blick nach rechts“ vom 24.11.2006 ist unter der Überschrift „Rechte Karrieren“ berichtet worden, der Pressesprecher der NPD Klaus Beier habe als stellvertretender Schatzmeister der 1992 verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA) amtiert. Es hat sich herausgestellt, dass diese Behauptung nicht zutrifft.

Redaktion „blick nach rechts“

„Wissensmagazin“

NPD-Aktivist aus Wolgast gibt neue Broschüre heraus.

Seit 2003 wurde das Projekt angekündigt, jetzt ist eine Erstausgabe vorhanden: Unter dem Titel A.N.O.S. gibt es eine neue Lektüre eines rechtsextremen Machers aus Wolgast. Hinter dem Werk verbirgt sich der NPD-Aktivist Christian Deichen, der darin mit Inseraten seiner selbstständigen Tätigkeiten glänzt. So bietet Deichen seine Dienste für die Produktion von CD-Kleinserien, aber auch für „nationale Werbemittel“ an.

Das fortlaufende Erscheinen ist mit einem vierteljährlichen Rhythmus anvisiert. Auf dem Titel bezeichnet sich die 40-seitige Broschüre als „systemkritisches Wissensmagazin“. Ferner will der NPDler offenbar Themenhefte anbieten, darunter auch ein auf den ersten Blick unverfänglich wirkendes Gitarren-Lehrbuch. In der Erstnummer ergänzen sich ideologisch rechtsextreme Beiträge (NS-Verherrlichung) mit Lobhudeleien über den NPD-Erfolg bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu kommen Texte mit verschwörungstheoretischem Charakter. Die Aufmachung ist reißerisch. Es wird mit viel Farbe und einem dem Boulevard-Journalismus entnommenen Layout gearbeitet.

Deichen, der neuerdings auch das Forum von „Rock Nord“ bevölkert, bezeichnet sich selbst als „staatlich anerkannten Demagogen“. Bei den Behörden ist er kein Unbekannter. Seine Rechner wurden bereits einmal beschlagnahmt. Mit einem Internet-Cafe ist Deichen in Wolgast gescheitert. Er mischt aber offenbar weiterhin beim Miniatur-, Hobby- und Modellbau-Versand von Olaf Szperlinski mit, dessen Anschrift auch als Versand- und Kontaktadresse für A.N.O.S. dient. Im Februar steht Deichen wegen Volksverhetzung vor Gericht. Für den NPD-Kreisverband zeichnete er als ehemaliger Vorsitzender für den Internetauftritt verantwortlich. Dort fanden sich Links zu Seiten, die den Holocaust geleugnet und zum Mord an Ausländern und Juden aufgerufen haben. Vor dem Amtsgericht in Wolgast war der Prozess eigentlich schon im Vormonat terminiert worden, doch da Deichens Verteidiger sein Mandat niedergelegt hatte, kam es zur Verschiebung.

Horst Freires

Seitenblick

Imageschaden

Die Behörden in Sachsen-Anhalt lassen es bisweilen an der notwendigen Konsequenz bei der Ermittlung und Verfolgung rechter Gewalt vermissen.

Sachsen-Anhalts Kommunalpolitiker und Schulleiter, aber auch Polizei und Justiz, tun sich häufig schwer im Umgang mit rechter Gewalt. Neonazistische Übergriffe werden nicht selten heruntergespielt oder gar ganz verschwiegen.

In Sachsen-Anhalt ist die Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten spürbar angestiegen. Umgekehrt proportional scheint sich dagegen vielerorts der Ehrgeiz von kommunalen Verwaltungen sowie von Schulleitungen zu entwickeln, derartige Vorkommnisse in ihrem Verantwortungsbereich konsequent zu verfolgen, anzuzeigen und sie in größere Zusammenhänge einzuordnen. Immer wieder spielen Kommunalpolitiker sowie Schulleitungen derartige Taten mit eindeutig rechtsextremer Motivation der Täter als bedauerliche Einzelfälle herunter, die keinesfalls generelle Rückschlüsse auf die jeweilige Gemeinde oder Schule erlauben würden. Die Angst vor einem Imageschaden scheint deutlich größer zu sein, als die Sorge um die Opfer rechtsextremer Angriffe. Aber auch Teile von Polizei und Justiz lassen nicht nur in Einzelfällen bisweilen die notwendige Konsequenz bei der Ermittlung, Verfolgung und Ahndung rechter Gewalt vermissen. Im Folgenden nur einige Beispiele, die Anlass zur Sorge geben.

Erst Ende November ist eine Berufungsverhandlung gegen den Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger geplatzt. In ihrer Anklageschrift zum erstinstanzlichen Verfahren hatte die Magdeburger Staatsanwaltschaft dem 59-jährigen Multifunktionär der deutschen Neonazi-Szene vorgeworfen, während eines Aufmarsches von 1 000 Neonazis gewaltsam gegen einen PDS-Kreisrat aus Sachsen vorgegangen zu sein, der sich am Rand der Nazi-Demo aufgehalten hatte. Durch einen Faustschlag Riegers, so die Staatsanwaltschaft, habe der Mann Verletzungen im Gesicht erlitten. Gegen einen zunächst verhängten Strafbefehl in Höhe von 4.500 Euro hatte Rieger Widerspruch eingelegt. Im Prozess vor dem Magdeburger Amtsgericht

wurde er freigesprochen. Das Urteil bezog sich ausschließlich auf die Aussage eines Staatsschutzbeamten der Polizei, der sich in unmittelbarer Nähe befunden habe, einen Angriff Riegers auf den Kommunalpolitiker aber nicht gesehen haben will. Die Aussagen dreier Zeugen, die den Tathergang beobachtet und Rieger eindeutig als Täter identifiziert hatten, blieben dagegen unberücksichtigt.

Staatsanwaltschaft und das Opfer des Angriffs als Nebenkläger hatten gegen den Freispruch Berufung eingelegt, die Staatsanwaltschaft nahm diese aber später überraschend zurück. „Mit dieser Entscheidung haben die Strafverfolgungsbehörden erneut ein Opfer rechtsradikaler Gewalt im Stich gelassen“, kritisiert eine Sprecherin der Mobilen Opferberatung Sachsen-Anhalt. Weil eine wichtige Tatzeugin zum Termin im November nicht geladen werden konnte, wird die Berufungsverhandlung im zweiten Anlauf nun vermutlich im Januar stattfinden.

Die Polizeidirektion Stendal stellt derzeit Ermittlungen gegen zwei der eigenen Beamten wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt an. Der Vorfall, der erst jetzt bekannt wurde, ereignete sich bereits Ende September. Seinerzeit wurden drei Mädchen aus der Punk-Szene von acht bis zehn augenscheinlich rechtsgerichteten Jugendlichen in der Gemeinde Grabow bei Burg beleidigt, mit Bier übergossen und mit Steinen beworfen. Eines der Mädchen wurde dabei am Kopf verletzt. Der Vater eines Mädchens, per Funktelefon alarmiert, traf auf dem Weg zum Tatort zwei Polizisten, die gerade dabei waren, einen Verkehrsunfall aufzunehmen. Die beiden Beamten lehnten es jedoch ab, eine Anzeige gegen die Schläger aufzunehmen oder andere Beamte herbeizurufen.

Der Vorfall scheint in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Überfall auf eine Geburtstagsfeier überwiegend linksgerichteter Jugendlicher im Gerwischer Bürgerhaus zu stehen. Rund 20 verummte und zum Teil bewaffnete Neonazis hatten die Feier gestürmt und auf die Besucher eingepöbeln. Die Ankunft der sofort alarmierten Polizei ließ unverhältnismäßig lange auf sich warten. Sowohl gegenüber vorgesetzten Behörden als auch gegenüber der Öffentlichkeit ließ sich die zuständige Polizeidirektion Stendal auffallend viel Zeit, über diesen Überfall zu informieren und auch dann waren die Informationen nur lückenhaft. So wurde etwa verschwiegen, dass bereits am Abend zuvor

eine Punkband, die auf der Feier auftreten sollte, während der Proben für diesen Auftritt überfallen und bedroht worden war. Dabei war der Überfall auf die Geburtstagsfeier von den Neonazis quasi angekündigt worden, was der Polizei auch mitgeteilt wurde. Jugendliche aus Gerwisch haben Innenminister Holger Hövelmann (SPD) inzwischen eine Liste von drei eng beschriebenen DIN/A4-Seiten übergeben, in denen Übergriffe der rechten Szene aus den vergangenen Monaten aufgelistet werden. Viele dieser Fälle waren dem Innenministerium zuvor gar nicht bekannt.

Die Gemeinde Gerwisch hatte im Sommer einen auch überregional frequentierten Club der rechtsextremen Szene geschlossen. Seitdem wird beobachtet, dass sich frühere Besucher dieses Clubs regelmäßig in einem Privathaus in Grabow treffen. Die Mobile Opferberatung vermutet, dass hinter den genannten Übergriffen überwiegend Mitglieder der rechtsextremen Kameradschaft „Weiße Aktivisten Jerichower Land“ stecken, die seit mehr als einem Jahr im Raum der Kreisstadt Burg aktiv ist.

Hövelmann hat inzwischen auf die seiner Ansicht nach „verheerende Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Stendal“ reagiert. In einer Konferenz mit sämtlichen Polizeichefs des Landes gab er per Runderlass klare Dienstanweisungen zum Umgang mit rechtsextremen Straf- und Gewalttaten und zur Informationspolitik gegenüber vorgesetzten Behörden und der Öffentlichkeit. Die Ermittlungen zu Versäumnissen der Polizei im Fall des Überfalls von Gerwisch hat er zur Chefsache gemacht. Alle Erkenntnisse und Informationen in diesem Fall haben dann aber unverzüglich über seinen Schreibtisch zu laufen.

Eberhard Löblich

Grauzone**Club der Revisionisten**

Seit nunmehr 25 Jahren ist die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ damit beschäftigt, historische Fakten zu verdrehen.

Die geschichtsrevisionistische „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) feierte im November in Ingolstadt ihr 25-jähriges Bestehen. Das ZFI, „eine Institution“ („National-Zeitung“) und „Korrektiv ewiggültiger Wahrheiten“ („Junge Freiheit“), wurde am 21. November 1981 maßgeblich von Alfred Schickel sowie Hellmut Diwald und Alfred Seidl, beide mittlerweile verstorben, als Gegenstück zum renommierten Institut für Zeitgeschichte (IFZ) in München gegründet. Das ZFI verhalf der „Historiographie aus dem Ghetto der Siegergeschichtsschreibung“ und entlarvte „vermeintliche Geschichtsquellen“ als „hochprozentige Geschichtsfälschung“, schrieb die „Junge Freiheit“ (JF) im Jahr 1991. „Unzählige, Deutschland entlastende Dokumente wurden ausgehoben“, bejubelte die rechtsextreme österreichische Wochenzeitung „Zur Zeit“ beim 20-jährigen Bestehen der Institution. Die ZFI-Mitarbeiter gehen die „jüngere deutsche Geschichte noch einmal durch, klopfen ab, haken nach, ziehen in Zweifel und korrigieren scheinbar ewiggültige Wahrheiten, die es in der Wissenschaft nicht geben kann“, lobte die JF im November dieses Jahres.

In extrem rechten Kreisen gilt ZFI-Leiter Schickel als „Legendenkiller“, der „bisher bereits einige hartnäckige zeitgeschichtliche Legenden zurechtgerückt hat“ („Nation&Europa“). So orakelte Schickel 1980 in der rechtsextremen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ über „Die umstrittenste Zahl der Zeitgeschichte. Das ungeklärte Ausmaß der jüdischen Opfer“ und kam zu dem Ergebnis, dass die Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden „heute in der zeitgeschichtlichen Wissenschaft nicht mehr ernsthaft vertreten“ wird. Die Ermordung von 500 000 Sinti und Roma bezeichnete Schickel an anderer Stelle als „neueste Zahlenfiktion“, die „mit der gleichen unkritischen Beflissenheit unters Volk gebracht“ werde „wie die Millionenzahlen zuvor“. Als Referent stand Schickel auch dem NS-apologetischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“

(DKEG) zur Verfügung. 1997 wurde Schickel im Zusammenhang mit den holocaustleugnenden und antisemitischen „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ namentlich in Verfassungsschutzberichten erwähnt. Schickel, stellte der baden-württembergische Verfassungsschutz fest, sei ein „revisionistischer Historiker“.

Der Historiker Diwald war einer der maßgeblichen Autoren eines früheren Parteiprogramms der Republikaner. Der Träger des Goldenen Ehrenrings des DKEG gehörte als Mitglied der rechtsextremen „Deutschen Akademie für Bildung und Kultur“ an. Alfred Seidl, kurzzeitiger (1977/78) bayrischer Innenminister und CSU-Fraktionsvorsitzender, „einer der ersten Revisionisten“ („Nation&Europa“), wurde posthum von DVU-Chef Gerhard Frey als einer der Gründerväter des DVU-Parteiprogramms geoutet. Dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß stand Seidl bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zur Seite.

Leiter der ZFI-Tagung am 11. November war Heinz Magenheimer, Dozent der Landesverteidigungsakademie in Wien und Autor der rechtsextremen Reihe „Deutsche Geschichte“ (Druffel & Vowinkel-Verlag). Als Laudator trat Franz Seidler, emeritierter Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, zuvor Referent im Bundesverteidigungsministerium und Wissenschaftlicher Direktor der Heeresoffiziersschule München, auf. Seidler, so berichtet das DVU-Sprachrohr „National-Zeitung“, „nahm Bezug zur Gegenwart und geißelte die politische Korrektheit der heutigen Zeit. Historiker würden schnell ins rechte Eck gestellt, wenn sie von der herrschenden Meinung abweichende Ansichten äußerten.“ Daher bedürfe es, so Seidler, Autor der rechtsextremen „National-Zeitung“ und Buchautor im Pour le Merite-Verlag des Rechtsextremisten Dietmar Munier, „einer gewissen Zivilcourage, wenn man sich aufgrund neuer Forschungsergebnisse in Gegensatz zu den Dogmen der etablierten Historikerkunft setze.“ („National-Zeitung“)

Anwesend bei der ZFI-Herbsttagung soll auch Ingolstadts Oberbürgermeister Alfred Lehmann gewesen sein. Der CSU-Mann bekannte dem Vernehmen nach, dass er vor seiner OB-Zeit öfter an Tagungen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt teilgenommen habe.

Anton Maegerle

Wütende Bürger machen mobil

Wählervereinigung will im Mai nächsten Jahres in die Bremische Bürgerschaft und in die Stadtverordnetenversammlung einziehen.

Seine kleine Odyssee durch die deutsche Parteienlandschaft setzt der Polizeibeamte Jan Timke aus Bremen in der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BiW) fort. Die will der ehemalige Chef der bremischen Stadt-Partei und spätere Landesvorsitzende der Schill-Partei 2007 bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven in die Parlamente führen „mit einer Politik, die an den rechtspopulistischen Kurs des einstigen Hamburger Innensensors Ronald Barnabas Schill anknüpft.

Bei den letzten Wahlen im Mai 2003 hätte nicht viel gefehlt, und die von Timke geführte Schill-Partei wäre in das Landesparlament gesprungen. Mit Jan Timke als Spitzenkandidaten erreichte sie 4,2 Prozent und mauserte sich noch vor der FDP zur viertstärksten politischen Kraft. In Bremerhaven wurden sogar 4,8 Prozent der Wählerstimmen eingefangen.

Damals hatte neben dem Tierschutz das Hauptthema der Inneren Sicherheit den Wahlkampf der Schill-Truppe geprägt. Es dürfte auch bei der Wahlstrategie der „Bürger in Wut“ die entscheidende Rolle spielen. Das kann man zumindest aus den bisherigen öffentlichen Stellungnahmen und einer Analyse des Programms schließen. Darin spricht sich die Wählervereinigung BiW unter anderem für ein auf zwölf Jahre abgesenktes Strafmündigkeitsalter und die „zeitlich begrenzte Inhaftierung uneinsichtiger Erst- und Gelegenheitstäter in kargen Einzelzellen“ aus. Im Kampf gegen Drogen plädiert BiW zum Beispiel für den „kalten Zwangsentzug“ bei Suchtkranken und den zwangsweisen Brechmitteleinsatz bei Dealern. In puncto „Innere Sicherheit“ wird ausdrücklich das aus den USA bekannte Modell der „Null-Toleranz“ befürwortet.

Die „Bürger in Wut“ ringen für eine „Renaissance demokratisch-konservativer Werte“ und gegen „eine Unterhöhlung unserer christlich-abendländischen Werteordnung“. Deshalb fordern sie ein sofortiges Verbot des öffentlichen Verleihs oder Vertriebs von Gewalt-Filmen und Streifen mit pornografischen Inhalten, eine allgemeine

Dienstplicht für Männer und Frauen ab dem 18. Lebensjahr (anstelle der heutigen Wehrpflicht) sowie massive Begrenzungen beim Ausländeranteil. Der solle in allen Gemeinden und Städten auf einen Richtwert von 15 Prozent abgesenkt werden, heißt es im Programm. Parallel zu dieser Position ist BiW die treibende Kraft einer aktuellen Kampagne gegen den EU-Beitritt der Türkei. Dabei setzen die „wütenden Bürger“ auf einen eigenen Internet-Auftritt, Broschüren und Aufkleber.

Zwar distanziert sich die Wählervereinigung BiW in ihrem Programm von den Verbrechen der Nazi-Zeit. Aber fast im gleichen Atemzug wettert sie „mit Entschiedenheit“ gegen die „Instrumentalisierung der Vergangenheit zum Zwecke der Durchsetzung politischer Konzepte und Zielsetzungen“. Ein Dorn im Auge sind ihr außerdem „Denkverbote“ und das Tabuisieren von Themen im Name der „Political Correctness“ – in rechten Kreisen oft eine Anspielung auf die juristischen Maßnahmen gegen Holocaust-Leugner.

Auch BiW-Chef Timke hatte in der jüngeren Vergangenheit Kontakte mit einem schalen Beigeschmack. Der weit rechts angesiedelten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gewährte der Polizeibeamte ein Interview. Und für Ende Februar 2004 war er als einer der Redner auf dem Kongress der „Deutschen Konservativen“ des Rechtsauslegers Joachim Siegerist angekündigt – Seite an Seite mit der Hamburger Rechtsanwältin Gisa Pahl. Die hatte einst in der Kanzlei des Rechtsextremisten Jürgen Rieger gearbeitet, ist als Verteidigerin berühmter Rechtsextremisten bekannt geworden und versorgt die braune Szene mit begehrten Rechtshilfe-Tipps.

Auf den Wahlkampf der „Bürger in Wut“ und ihr Abschneiden bei den Wahlen 2007 darf man durchaus gespannt sein. Denn die im März 2004 gegründete Timke-Gruppierung, die übrigens die Zahl der Bundesländer auf maximal neun verringern und das Land Bremen somit abschaffen will, hegt nämlich bundespolitische Ambitionen. Folgerichtig verlegte sie im September 2005 ihren Sitz in die Bundeshauptstadt Berlin. Von dort werden angeblich bereits 5 000 Unterstützer in ganz Deutschland betreut.

Thomas Klaus

Ausland

Brüchige Allianzen

Die europäische Rechte will sich koordinieren – im Europäischen Parlament erhält sie Zuwachs aus Bulgarien und Rumänien.

Allem Anschein nach schlägt derzeit die Stunde für einen neuen Versuch des Zusammenschlusses rechtsextremer Parteien im Namen des „Europas der Vaterländer“. Am 1. Januar 2007 ziehen nunmehr auch die Vertreter Rumäniens und Bulgariens als voll gleichberechtigte Abgeordnete in das Europäische Parlament (EP) ein. Unter ihnen sind auch relativ starke rechtsextreme Fraktionen, vor allem nach dem jüngsten Wahltriumph der ultranationalistischen Partei Ataka in Bulgarien. Die bisher im EP sitzenden rechtsextremen Parteien wollen nicht nur die Radau-Nationalisten, deren Kandidat Volen Siderov im Oktober 2006 rund 22 Prozent der Stimmen erhielt und der laut einer öffentlichen Erklärung die Roma „zu Seife verarbeiten“ möchte, und die Groß-Rumänienpartei (PRM) zu den ihren zählen. Sie wollen ihre Integration nutzen, um einen neuen gemeinsamen Club zu lancieren, die „Koordination der europäischen Rechten“. Das österreichische Blatt „Die Presse“ berichtet allerdings, dass Vertreter des belgischen Vlaams Belang und der italienischen Lega Nord sich von der bulgarischen Ataka möglicherweise distanzieren, so dass der Rechtsblock nicht auf die erforderlichen 19 Abgeordneten aus mindestens fünf Ländern kommen würde.

Zum ersten Mal versuchten die rechtsextremen Parteien, sich auf der Ebene der damaligen Europäischen Gemeinschaft zusammenzutun, nachdem im Juni 1989 das Europaparlament neu gewählt worden war. Neben dem französischen Front National (FN), der schon seit 1984 dort saß, waren auch die deutschen Republikaner (REP) und die italienischen Neofaschisten vom MSI dort eingezogen. Die drei Parteien gründeten, zusammen mit einem rechten griechischen Parlamentarier, eine gemeinsame Fraktion. Doch nach wenigen Monaten herrschte ein Hauen und Stechen. Die Republikaner damals noch unter Franz Schönhuber beharrten auf dem deutschen Charakter Südtirols, die MSI-Vertreter auf dem italienischen des Alto Adige. Die Franzosen schlugen sich auf die Seite der

Ersteren, da die Italiener sich damals noch kaum für das „Immigrationsproblem“ interessierten. 1994 flogen die Republikaner dann bei der Neuwahl des Parlaments in Strasbourg vor die Tür.

Auf dem FN-Kongress in Strasbourg 1997 startete Le Pen eine neue Initiative, einen transnationalen Club unter dem Namen EuroNat, für „Europa der Nationalisten“. Infolge der Spaltung der französischen Partei zwei Jahre später schlieften dessen Aktivitäten jedoch wieder ein.

Beim „Präsidenschaftskonvent“ von Jean-Marie Le Pen am 10., 11. und 12. November dieses Jahres waren die internationalen Gäste zahlreich vertreten. Dazu zählte die deutsche NPD, die jedoch keinen Stand unter dem riesigen Dach der neuen „Koordination der europäischen Rechten“ hatte, sondern ihren Infotisch unter einem einfachen Sonnenschirm aufbaute. Dem Vernehmen nach hatte die NPD sich im Vorfeld nicht genügend um ihre Akkreditierung bei der Le Pen-Show gekümmert. Wohl auch, weil sie an demselben Wochenende ihren Bundesparteitag in Berlin abhielt.

Ferner waren vertreten: die Franco-Anhänger der Alternativa Espanol, die österreichische FPÖ, deren einziger Europaparlamentarier Andreas Mölzer persönlich angereist war, der Vlaams Belang aus Belgien, die British National Party (BNP) und aus Italien die Fiamma Tricolore, eine Mussolini-nostalgische Abspaltung von den offiziellen Postfaschisten der Alleanza Nazionale. Aber auch rumänische und bulgarische Ultra-Nationalisten oder eine Delegation serbischer Parlamentsabgeordneter der Serbischen Radikalen Partei (SRS) waren nach Le Bourget angereist. Bruno Gollnisch, „Nummer zwei“ in der Parteihierarchie des Front National, klagte auf der Bühne bitterlich an, dass deren langjähriger Chef, Vojislav Seselj, seit nunmehr vier Jahren in Den Haag hinter Gittern sitzt. Aufgrund von Verbrechen, an denen seine Partei im jugoslawischen Bürgerkrieg beteiligt war, ist er dort angeklagt. Im Laufe der neunziger Jahre war es aber innerhalb des französischen FN noch umstritten gewesen, ob man Partei zugunsten des katholischen Kroatien und „gegen den Serbol-schewismus“ (so der katholisch-fundamentalistische Parteiflügel) oder, umgekehrt, „gegen Serbien als Hort des Widerstands gegen die Neue Weltordnung“ (so unter anderem die Nationalrevolutionäre) ergreifen sollte.

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte**Todesstrafe am Galgen**

Vor 45 Jahren wurde in Israel das Urteil gegen den Massenmörder Adolf Eichmann gesprochen.

Am 15. Dezember 1961 saß eine ganze Nation am Radio. Aber nicht nur in Israel wartete die Bevölkerung gespannt auf ein Urteil. Auch in Europa wollten Millionen Frauen und Männer so schnell wie möglich erfahren, zu welchem Ergebnis das Bezirksgericht nach siebenmonatiger Verhandlung gekommen war. Schließlich ging es während der Verhandlung im „Haus des Volkes“ in Israels Hauptstadt um die Frage, ob der Angeklagte SS-Führer Adolf Eichmann für den Tod von Millionen Juden verantwortlich war oder nicht. Dabei hatten die drei Richter eine Vielzahl juristischer Aspekte zu untersuchen und zu beantworten. In der Öffentlichkeit wurden darüber hinaus gesellschaftliche, psychologische, religiöse und politische Fragen diskutiert. Die Debatten gingen auch weiter, nachdem in den Mittagsstunden das Urteil bekannt geworden war: Todesstrafe am Galgen.

Eichmann war im Mai 1960 vom israelischen Geheimdienst in Buenos Aires aufgespürt worden. Agenten hatten ihm vor seinem kleinen Haus am Rande der argentinischen Hauptstadt aufgelauert. Als er abends von seiner Arbeit in einer Automobilfabrik heim kam, zerrten die Agenten Eichmann in ein Auto und fragten ihn, ob er Adolf Eichmann sei. Die Antwort lautete „Ja“. Dann wurde er in ein in der Nähe angemietetes Haus gebracht, eingehend verhört und zum Beginn großer staatlicher Feiern halb betäubt in eine Maschine der israelischen Fluggesellschaft EL AL gebracht. Den argentinischen Sicherheitsbeamten wurde lachend erzählt, der EL AL-Kollege habe in der Nacht zuvor zu lange gefeiert und getrunken. Auf dem Flug bekam Eichmann weitere starke Schlafmittel, sodass er erst nach der Landung in Tel Aviv aufwachte und sofort in ein eigens für ihn hergerichteten Hafthaus gebracht wurde. Er wurde rund um die Uhr streng bewacht. Das sorgfältig ausgewählte Personal durfte kein Wort mit ihm wechseln. Der Staat wollte dem Gefangenen einen fairen Prozess machen und musste ihn deshalb doppelt schützen: vor Überlebenden des Holocaust, die vielleicht Rache nehmen, ebenso wie vor Kameraden, die ihn mundtot machen

den, die ihn mundtot machen wollten, weil er nicht aussagen sollte.

Wie in fast jedem spektakulären Strafverfahren stand am Beginn der Hauptverhandlung eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Gericht und der Verteidigung über juristische Fragen. Eichmanns Rechtsanwalt war Robert Servatius aus Köln. Der hatte bereits im ersten Nürnberger Prozess gegen NS-Verbrecher Erfahrungen gesammelt und auch deshalb einen herausragenden Ruf als erfolgreicher Strafverteidiger. Selbstverständlich bezweifelte Servatius die Unabhängigkeit der drei jüdischen Richter aus Israel. Zweitens, so Servatius, sei Eichmann illegal nach Israel verschleppt worden. Drittens sei das israelische „Gesetz zur Bestrafung von Nationalsozialisten und Kollaborateuren“ nach den Taten erlassen worden. Viertens handele es sich um Straftaten, die außerhalb Israels und vor dessen Gründung begangen worden seien.

Die angeklagten Taten sind auf der ganzen zivilisierten Welt strafbar

Die Richter berieten lange und eingehend, ehe sie ihre Entscheidungen bekannt gaben: Jeder Richter sei ein Mensch, müsse aber im Amt alle Emotionen fallenlassen. Anderenfalls gäbe es nirgendwo unabhängige Gerichte. Dem Rückwirkungsverbot hielten sie entgegen, die angeklagten Taten seien auf der ganzen zivilisierten Welt strafbar. Zur Entföhrung sagten die Richter, ihnen sei es nur gestattet zu klären, ob Eichmann die Taten begangen habe oder nicht. Das Gericht dürfe nicht untersuchen, wie der Beschuldigte nach Israel gekommen sei. Präzedenzfälle dafür gebe es aus den USA und Großbritannien. Dass Israel erst nach den Taten gegründet worden sei, spiele keine Rolle, weil die „Endlösung“ auch Juden bedroht habe, die damals bereits in Palästina gelebt hätten. Außerdem bestehe ein enger Zusammenhang zwischen der „Endlösung“ und der Gründung des Staates Israel. Nach diesen Grundsatzentscheidungen begann die eigentliche Beweisaufnahme.

Eichmann musste sich zu jedem Punkt der Anklage äußern und sagte zu jedem Vorwurf: „Im Sinne der Anklage nicht schuldig.“ Im Folgenden legte ihm als Vertreter der Anklage Generalstaatsanwalt Gideon Hausner Zug um Zug mehr als 1 600 Dokumente mit Eichmanns Unterschrift vor und konfrontierte ihn im Laufe der Sitzungen mit mehr als 100 Zeugen aus allen Staaten, die von den Nazis

besetzt worden waren. So entstand ein lückenloses Bild vom Raub jüdischen Besitzes über die Verfolgung der Juden in allen ehemals okkupierten Staaten, ihrer Internierung und Ghettoisierung bis hin zum Transport in die Vernichtungslager und den Tod in den Gaskammern. Dabei konnte Hausner, der fließend Deutsch, Englisch und Hebräisch sprach, dokumentieren, dass Eichmann an allen wichtigen Sitzungen teilgenommen hat: als Chef der Wiener „Auswanderungsbehörde“ nach dem „Anschluss“ Österreichs, als Leiter des Judenreferats IV B4 im Reichssicherheitshauptamt der SS über die Wannseekonferenz im Januar 1942 bis zur Deportation der ungarischen Juden aus Budapest im Sommer 1944 unter seiner persönlichen Aufsicht.

Oberstes Ziel war die „Endlösung der Judenfrage“

Servatius bezweifelte keine der Aktionen, war aber bereit, Eichmann als kleines Rädchen in einer großen Maschine herunterzuspielen. Ein Handlanger sei er gewesen, der Befehle habe ausführen müssen – im „Befehlsnotstand“, der in jedem Rechtsstaat straffrei sei. Doch infolge der Zeugen und Dokumente konnte Servatius das Gericht nicht überzeugen. Eichmanns sei vielmehr von seiner Aufgabe intellektuell und emotionell zutiefst überzeugt gewesen. Das beweise nicht zuletzt seine persönliche Aufsicht über die Deportation hunderttausender ungarischer Juden im Sommer 1944 nach Auschwitz. In der Endphase des Krieges sei oberstes Ziel Eichmanns und der Reichsregierung nicht mehr der „Endsieg“ gewesen, sondern die „Endlösung der Judenfrage“. Den „Befehlsnotstand“ ließ das Gericht deshalb nicht gelten, weil Eichmann die Befehle ohne zu zögern grausam, schnellstmöglich und vollständig ausführen wollte. Von Befehlsnotstand könne folglich keine Rede sein. Deshalb sprach das Gericht am 15. Dezember 1961, also vor 45 Jahren, den Angeklagten – mit geringfügigen Veränderungen – in allen Punkten schuldig und verurteilte ihn zum Tode durch den Strang.

Wie bei solchen Urteilen üblich, legte Eichmann über seinen Verteidiger Berufung ein. Zuständig war der Oberste Gerichtshof mit fünf Richtern. Das Tribunal brauchte länger als fünf Monate, ehe es am 29. Mai 1962 seine Entscheidung bekannt gab: Der Berufung werde nicht stattgegeben. Das Strafmaß der ersten Instanz sei nicht zu beanstanden. Es bleibe bei dem Todesurteil. Eichmann

nutzte auch die höchste Instanz und appellierte an den amtierenden Staatspräsidenten Itzhak Ben Zvi, der das Gesuch am 29. Mai 1962 ablehnte. Zwei Tage später, in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni, stand Adolf Eichmann dann unter dem Galgen. Sein Leichnam wurde verbrannt, die Asche aus einem Flugzeug ins Mittelmeer gestreut. Es war das einzige Todesurteil, das in Israel seitdem verhängt worden ist.

Viel wichtiger als das Urteil aber waren die Folgen dieses Aufsehen erregenden Strafverfahrens. Bisher hatten die meisten Bürger Israels ein zumindest differenziertes Verhältnis zu den Überlebenden der Shoa. Warum, fragen viele, haben sich die europäischen Juden wie Lämmer zur Schlachtbank führen lassen? Wir jungen Israelis, sagen viele, haben seit Gründung unseres Staates im Mai 1948 mehr als einen Krieg führen müssen und immer gesiegt. Juden können nämlich kämpfen. Was aber taten unsere Glaubensbrüder und -schwestern in Europa? Die von Oberstaatsanwalt Gideon Hausner sorgfältig ausgewählten Zeugen haben im Prozess die Antworten gegeben: Wir konnten nicht, weil die Vernichtung sehr langsam begann – von der Beraubung über die Ghettoisierung bis zur Ankunft in den Lagern. Da waren wir ausgemergelt, nur noch Skelette ohne Kraft und Mut. Als alles begann, dachten wir, so schlimm wird es schon nicht werden. Aber es kam viel, viel schlimmer, als wir es uns vorgestellt haben, vorstellen konnten.

Das überzeugte fast das ganze Volk und man begegnete von nun an den Überlebenden mit Respekt und Mitgefühl. Allein deshalb war der Eichmann-Prozess für Israel so wichtig, nicht nur wegen des Urteils.

Außerdem setzte nun endlich nicht nur in Israel die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ein. In Frankfurt begann 1963 der erste Auschwitz-Prozess, dem weitere Strafverfahren wegen NS-Verbrechen folgten. In der Bundesrepublik begann danach der Protest der jüngeren Generationen gegen den Schlussstrich unter die NS-Zeit. Der von Bundeskanzler Konrad Adenauer schon 1949 geforderte Schlussstrich unter die „Naziriecherei“ kippte um 180 Grad. Väter und Großväter mussten Antwort auf die Frage geben, was sie zwischen 1933 und 1945 getan haben. Diese und andere Folgen des „Eichmann-Prozesses“ machen dieses Strafverfahren zu einem weit über Israel hinaus reichenden Ereignis.

Heiner Lichtenstein

Rezension

„Sonderauftrag Linz“

Museen sind bis heute Nutznießer von Hitlers Kunstsammlung – nur etwa ein Viertel der geraubten Werke wurde den Eigentümern zurückerstattet.

Linz in Oberösterreich gehörte mit Berlin, München, Nürnberg und Hamburg zu den „Städten des Führers“, für die keine Kosten gescheut wurden. Geplant war ein „deutsches Budapest“ als Gegenpol zum ungeliebten Wien, mit einer Gemäldegalerie nach Hitlers architektonischen Skizzen.

Hitlers private Sammelleidenschaft galt dabei der deutschen Kunst des 19. Jahrhunderts, der Romantik und ihren Epigonen, in der er die wahre Seele des Volkes verkörpert sah. Er bevorzugte Landschaften, Stilleben, Porträts, Genreszenen und volkstümliche Darstellungen und legte Wert auf eine möglichst exakte Wiedergabe der äußeren Wirklichkeit. Ihm gehörten 1939 bereits 812 Kunstwerke. Sie bildeten den Grundstock für den nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreichs am 12. März 1938 so genannten „Sonderauftrag Linz“: eine Organisation, die seit Juni 1939 unter der professionellen Leitung von Kunsthistorikern und Museumsdirektoren den vorhandenen Bestand in großem Stil und mit weitreichenden Vollmachten zu einer Sammlung erweiterte, die „das Beste aus allen Gebieten“ enthalten sollte.

Der so genannte „Führervorbehalt“, der im Laufe des Krieges immer weiter ausgedehnt wurde, ermöglichte ihm den ersten Zugriff auf beschlagnahmte jüdische Sammlungen. Doch trotz zahlreicher Beschlagnahmen wurden rund 69 Prozent der Einlieferungen für Linz im Kunsthandel gekauft und lassen sich auf legale Eigentümer und private Vorbesitzer zurückverfolgen. Das Ziel, eine öffentliche Kunstsammlung aufzubauen, unterschied Hitler von den hemmungslosen und sich privat bereichernden Kunsträubern Göring und Rosenberg: „Seine Methoden des Kunsterwerbs waren vielschichtiger und subtiler, direkte Gewaltmaßnahmen eher die Ausnahme“ (S. 204).

Die Ausmaße der Sammlung für Linz waren beachtlich. Bis zum 23. Oktober 1944 gaben Hitler

und seine Aufkäufer 106 Millionen Reichsmark für den Erwerb aus, bis April 1945 weitere 1,3 Millionen (1 RM entspricht 10 Euro). Insgesamt wurden 4 712 Kunstobjekte angeschafft; dazu kamen rund 1 000 grafische Blätter. Aus diesem Fundus sollten Linz wie andere Museen der „Ostmark“ ausgestattet werden, um mit den Mitteln der Kunst für die kulturelle Überlegenheit des NS-Regimes zu werben.

Der Berliner Historiker Hanns Christian Lühr stützt sich in seiner minutiösen Untersuchung erstmalig auf ein Inventar von 3 900 Karteikarten und Fotografien, das für den „Sonderauftrag Linz“ angelegt wurde und detaillierte Rückschlüsse auf das Zustandekommen und das abenteuerliche Nachkriegsschicksal dieser Sammlung erlaubt. Ein grelles Licht fällt dabei auch auf die eifertige und bedenkenlose Kollaboration von Kunsthändlern und Kunsthistorikern, die als „Kunstagenten“ für die Ausweitung der Sammlung arbeiteten und später eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit und Wendigkeit an den Tag legten. So hatte Niels von Holst, der nach dem Krieg mit kulturhistorischen Diavorträgen durch die Bundesrepublik zog, „vor Kriegsausbruch verdeckt die Museen der Sowjetunion bereist, um nach möglichen Beutestücken für Deutschland Ausschau zu halten“ (S. 46).

Von den Kunstwerken aus dem „Sonderauftrag Linz“ wurden nur etwa ein Viertel den ursprünglichen Eigentümern zurückerstattet. Die Hälfte verblieb im staatlichen Besitz in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Frankreich, diese Länder sind also bis heute Nutznießer von Hitlers Ankaufspolitik – auch dies gehört zur gegenwärtigen Debatte um Raubkunst und Restitution. Weitere 400 Kunstwerke gingen verloren, 191 Werke, die als gestohlen gelten, werden abgebildet. Auf dem Gebiet der Kunst, so Lührs Fazit, ist der Zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende.

Theo Meier-Ewert

Hanns Christian Lühr: *Das braune Haus der Kunst. Hitler und der "Sonderauftrag Linz". Visionen, Verbrechen, Verluste.* Akademie Verlag, Berlin, 2005, 424 S., 49,80 EUR

Meldungen**„Notopfer“ für die NPD**

Berlin – NPD-Chef Udo Voigt hat einen Bettelbrief an die Parteimitglieder verschickt. Voigt bittet darin um „ein Notopfer für die Aufrechterhaltung unseres politischen Kampfes“. Wie berichtet, will die Bundestagsverwaltung wegen falscher Rechenschaftsberichte knapp 870 000 Euro von der NPD zurückfordern. Dieser „Schlag“ gegen die NPD, so Voigt, wäre abgefangen, „wenn jedes Mitglied es ermöglichen kann, 100 Euro zu opfern“. Alternativ sollen die Mitglieder bis November 2007 monatlich 10 Euro zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag zahlen. Er erwarte „von allen Mitgliedern und in erster Linie von unseren Funktionsträgern absolute Geschlossenheit und uneingeschränkte politische Solidarität“, schreibt Voigt. Würden alle Mitglieder – nach NPD-Angaben derzeit mehr als 7000 – seiner Bitte folgen, kämen über 700 000 Euro in die Kasse der klammen Partei. Die NPD befinde sich „in erheblicher finanzieller Not“, klagt Voigt. Spender, die mindestens 100 Euro beisteuern, werden belohnt: mit einem „Solidaritäts-T-Hemd“ mit dem Aufdruck „Uns bricht man nicht – Nationale Solidarität“. (ts)

Neuordnung der Führungsspitze

Berlin – Der NPD-Parteivorstand hat Peter Marx zum neuen Generalsekretär gewählt. Marx wird damit Nachfolger von Ulrich Eigenfeld, der bei der Abstimmung über die stellvertretenden Vorsitzenden durchgefallen war und bei der Wahl der Beisitzer nur mit einem äußerst mageren Ergebnis überhaupt den Einzug in den Parteivorstand geschafft hatte. Die Erfahrung des derart abgestraften langjährigen NPD-Funktionärs aus Niedersachsen will die Partei aber weiter nutzen. Er soll im Vorstand für „Parteistruktur und Verwaltung“ zuständig sein. Nicht erwähnt wird in Pressemitteilungen der NPD die Position des Geschäftsführers (bisher Stefan Köster). Möglich ist, dass dessen Aufgaben künftig gemeinsam von Eigenfeld und dem als „Bundesorganisationsleiter“ gewählten Jens Pühse, Verlagschef der Parteizeitung „Deutsche Stimme“, wahrgenommen werden.

Trotz des Finanzdesasters der Partei bleibt Erwin Kemna Bundesschatzmeister. „Neue Akzente“ verspricht sich die NPD von dem zum „Amtsleiter Politik“ aufgestiegenen sächsischen Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel. Für Schulung und Bildung soll der Ex-Waldorf-Lehrer Andreas Molau zuständig sein. Ein Amt gab es auch für Neu-Mitglied Jürgen Rieger: Er soll im Vorstand für „Außenpolitik und Finanzbeschaffung“ verantwortlich sein. Neben Parteichef Udo Voigt und seinen Stellvertretern Marx, Holger Apfel und Sascha Roßmüller sollen auch Pühse, Kemna, Parteisprecher Klaus Beier, der Medienbeauftragte Jörg Hähnel, Gansel, Molau, Eigenfeld und Frank Schwerdt, der Leiter des Amtes Recht, dem Präsidium der Partei angehören. In den Vorstand kooptiert wurden unter anderem Manfred Börm, der Leiter des „Ordnungsdienstes“ der Partei, und der beim Parteitag durchgefallene Ex-Republikaner Frank Rohleder. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöff

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de

Fon: (030) 255 94 174

Fax: (030) 255 94 499

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Postfach 610 322, 10925 Berlin

Fon: (030) 255 94 100

Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Fon: (030) 255 94 130

Fax: (030) 255 94 190

Mail: vertrieb@vorwaerts.de